

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Konferenz europäischer Bürgermeister zum Thema Terrorabwehr](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Abgeordnete stimmten über Position zum Brexit ab](#) 3
- [Positionen des Parlaments zum nächsten EU-Haushalt](#) 3
- [Neue Europass-Rahmenbestimmungen](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Der Westbalkan und die Innere Sicherheit der EU](#) 5
- [Rechtsrahmen für den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln](#) 5
- [Rat verabschiedet Schlussfolgerungen zur Industriestrategie der EU](#) 6
- [Rat für Wirtschaft und Finanzen](#) 6

Europäische Kommission

- [Bericht über die Gleichstellung von Männern und Frauen zum Weltfrauentag](#) 7
- [Finanz-Aktionsplan zur Unterstützung einer umweltfreundlicheren Wirtschaft](#) 7
- [EU-Kommission überarbeitet Chemikalienverordnung REACH](#) 8
- [Kommission will Ausnahme für EU-Länder bei US-Schutzzöllen erreichen](#) 8
- [Beschleunigter Abbau von Hindernissen für grenzüberschreitende Investitionen](#) 9
- [Bericht über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte 2017](#) 9

Sonstiges

- [Lohngefälle zwischen Frauen und Männern bei 16 %](#) 10
- [Luxemburg unterstützt Österreichs Klage gegen PAKS II](#) 10

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 11

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 12

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 13

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 13

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Konferenz europäischer Bürgermeister zum Thema Terrorabwehr

Am 8. März kamen in Brüssel europäische BürgermeisterInnen zusammen, um über die Möglichkeiten städtischer Abwehrmechanismen gegen Terrorismus zu diskutieren. Der von der Kommission und dem Ausschuss der Regionen (AdR) organisierte Gipfel ist Teil des [EU-Aktionsplans für einen besseren Schutz des öffentlichen Raums vor terroristischen Bedrohungen](#) im Rahmen der europäischen Sicherheits-Agenda.



Europäischer Ausschuss der Regionen

Auf der [Tagesordnung](#) standen u. a. Aussprachen über die Erkenntnisse aus den jüngsten Terroranschlägen in Europa und der Austausch von bewährten Verfahren und praktischen Lösungen für einen besseren Schutz des städtischen öffentlichen Raums. Bei Letzterem ging es zentral um die Umsetzung von intelligenten Lösungen mit integrierter Sicherheit (z. B. massive Sitzelemente), bei denen der Schutzfaktor nicht sofort erkennbar ist.

Weiters diskutierten die TeilnehmerInnen darüber, wie man der Radikalisierung vor allem von Jugendlichen auf lokaler Ebene

effizienter vorbeugen kann und inwiefern diesbezüglich die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor ausgebaut werden kann.

„Angesichts der grenzüberschreitenden Natur terroristischer Aktivitäten müssen wir bei der Bekämpfung dieser Geißel auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen zusammenarbeiten, lokal, regional, national und EU-weit. Indem wir unsere Kräfte bündeln, können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern den bestmöglichen Schutz im öffentlichen Raum garantieren.“, so ein Auszug aus der gemeinsamen Erklärung von Kommission und dem Ausschuss der Regionen.

Im Rahmen des [EU-Aktionsplans für einen besseren Schutz des öffentlichen Raums vor terroristischen Bedrohungen](#) werden rund 18,5 Mio. Euro über den Fonds für die innere Sicherheit ([ISF](#)) für unmittelbare kurzfristige Erfordernisse bereitgestellt. Weiters werden Städte, die in Sicherheitslösungen investieren, mit rund 100 Mio. Euro unterstützt werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Abgeordnete stimmten über Position zum Brexit ab

Am 13. März diskutierten die Abgeordneten über die Position des EU-Parlaments mit Blick auf die Zeit nach dem Brexit. Am 14. März wurde eine dementsprechende [Entschließung](#) verabschiedet.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Chefunterhändler Michel Barnier debattierten mit den Abgeordneten den [Brexit-Vertragsentwurf](#) der Kommission vom 28. Februar.

Ein Assoziierungsabkommen könnte sich laut Parlament an vier Säulen orientieren: Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, Außenpolitik, innere Sicherheit sowie thematische Zusammenarbeit, wie grenzüberschreitende Wissenschaftsprojekte.

Im [Entschließungsentwurf](#), welcher am 14. März verabschiedet worden war, begrüßten die Abgeordneten den Vertragsentwurf der Kommission, da er die Wahrung der Rechte der EU-BürgerInnen im Vereinigten Königreich und jene der britischen StaatsbürgerInnen in der EU hervorhebt.

[Mehr Informationen](#)

Positionen des Parlaments zum nächsten EU-Haushalt

Am 14. März wurde im Plenum über den Verhandlungsstandpunkt des Europäischen Parlaments bezüglich der Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen ([MFR](#)) abgestimmt.

Zur [Abstimmung](#) stand ein [Bericht](#), der die EU dazu auffordert, die gemeinsame Landwirtschafts- und Fischereipolitik sowie die Kohäsionspolitik fortzuführen und verstärkt zu fördern.

Darüber hinaus soll das Forschungsrahmenprogramm [Horizont 2020](#) und [Erasmus+](#) deutlich ausgebaut sowie Jugendarbeitslosigkeit verstärkt bekämpft und für KMUs ein investitionsfreundlicheres Umfeld geschaffen werden.

Weiters wurde über einen [Bericht](#) bezüglich der Reform der [Eigenmittelbeschaffung](#) abgestimmt.

Die Pläne der Kommission für den nächsten MFR werden voraussichtlich am 2. Mai von Kommissionspräsident Juncker vorgestellt werden. Eine diesbezügliche [Mitteilung](#) wurde bereits am 14. Februar veröffentlicht.

In gleicher [Sitzung](#) erfolgte darüber hinaus eine Abstimmung zur Fixierung der [Mitgliederliste](#) des [Steuersonderausschusses](#).

[Mehr Informationen](#)



Neue Europass-Rahmenbestimmungen

Am Donnerstag, den 15. März, wird das Parlament nach einer vorangegangenen Debatte am Vortag über eine in erster Lesung erreichte [Einigung](#) mit dem Rat bezüglich eines neuen Europass-Rahmens abstimmen.

Durch die Änderungen des [einheitlichen gemeinschaftlichen Rahmenkonzepts zur Förderung der Transparenz bei Qualifikationen und Kompetenzen](#) soll es den Menschen erleichtert werden, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen gut aufbereitet in einem EU-weit einheitlichen Format präsentieren zu können. Dadurch soll die Mobilität in der EU gefördert werden.

Die Vereinbarung wurde im Januar von den Ausschüssen für Kultur und Bildung (CULT)

sowie für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) bereits bestätigt.

Der Neuregelung des gemeinsamen Rahmens für die Bereitstellung besserer Dienste für Kompetenzen und Qualifikationen ist ein [Kommissionsvorschlag](#) von 2016 vorangegangen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Der Westbalkan und die Innere Sicherheit der EU

Am 8. und 9. März kamen in Brüssel die InnenministerInnen zu einer Aussprache zusammen. Österreich war durch Bundesminister Herbert Kickl vertreten.

Auf der Tagesordnung standen u. a. ein Meinungsaustausch zur zukünftigen Kooperation mit dem West-Balkan in Hinblick auf Innere Sicherheit und Terrorismusbekämpfung auf Basis der [Kommissionsmitteilung](#) vom 6. Februar sowie der Kommissionsvorschlag (in [Englisch](#)) zur Errichtung eines Rahmens für die Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen.

Die MinisterInnen diskutierten darüber hinaus über Wege einer effektiveren Bekämpfung von illegalen Online-Inhalten

und sprachen sich für eine verstärkte Einbeziehung von Internetunternehmen aus, welche ihren [Verpflichtungen](#) diesbezüglich verstärkt nachkommen müssten.

Weiters wurde die Belgierin [Catherine De Bolle](#) zur nächsten Exekutivdirektorin von Europol ernannt. Catherine De Bolle ist die derzeitige Generalkommissarin der belgischen Bundespolizei.

[Mehr Informationen](#)

Rechtsrahmen für den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln

Am 9. März kamen in Brüssel die EU-JustizministerInnen zu Gesprächen zusammen. Österreich wurde durch Bundesminister Dr. Josef Moser vertreten.

Die MinisterInnen diskutierten die Bedeutung der Schaffung eines Rechtsrahmens für den grenzüberschreitenden Zugang zu elektronischen Beweismitteln und forderten die Kommission dazu auf, ihren Vorschlag diesbezüglich so bald wie möglich dem Rat vorzulegen.

Auf der Tagesordnung standen u. a. der gemeinsame Standpunkt betreffend die [Richtlinie](#) zur Bekämpfung von Betrug bei bargeldlosen Zahlungsmitteln sowie die Entwicklungen auf internationaler Ebene,

insbesondere in den USA und im Europarat. Der zuletzt genannte Punkt sollte in den zukünftigen EU-Rechtsvorschriften berücksichtigt werden, so die MinisterInnen.

Weiters informierte die Kommission über die Fortschritte bei der Implementierung der Europäischen Staatsanwaltschaft ([EPPO](#)). Rund 20 Staaten, darunter auch Österreich, hatten sich im Oktober zur verstärkten Zusammenarbeit zusammengeschlossen.

[Mehr Informationen](#)



Rat verabschiedet Schlussfolgerungen zur Industriestrategie der EU

Am 12. März verabschiedete der Rat für Wettbewerbsfähigkeit Schlussfolgerungen bezüglich der zukünftigen [industriepolitischen Strategie der EU](#).

Die jüngsten Entwicklungen hätten bestätigt, dass strategische Maßnahmen zur Unterstützung der europäischen Industrie festgelegt werden müssen, um Investitionen zu fördern und Arbeitsplätze schaffen zu können, so der bulgarische Ratsvorsitzende.

Die MinisterInnen kamen zum Schluss, dass die Stärkung der Industrie wesentlich für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in der EU in Bezug auf Produktivität, Wachstum, Innovationen und Beschäftigung sei. Der

Erfolg hänge davon ab, inwiefern sich der Binnenmarkt im globalen Wettbewerb des digitalen Zeitalters behaupten könne.

Weitere Tagesordnungspunkte waren u. a. die Digitalisierung der EU-Wirtschaft im Kontext des [Europäischen Semesters](#) und eine Diskussion zur Verbesserung und Vertiefung des Binnenmarktes.

[Mehr Informationen](#)

Rat für Wirtschaft und Finanzen

Am 13. März trafen sich die MinisterInnen des Rates für Wirtschaft und Finanzen. Österreich war durch Bundesminister Hartwig Löger vertreten.

Die MinisterInnen diskutierten ein Maßnahmenpaket, welches darauf abzielt, die Risiken im Bankensektor zu verringern. So sollen zukünftig die Vorschriften bezüglich der Eigenkapitalanforderungen beziehungsweise im Bereich der Sanierung und Abwicklung von Banken strengeren Regelungen unterliegen.

Darüber hinaus unterhielten die MinisterInnen eine Aussprache über die Überwachung der Wirtschaftspolitik im Rahmen des [Europäischen Semesters](#).

Auf der Tagesordnung stand weiters eine Diskussion über mehr Transparenz bei Steuerplanungsmodellen, um schädliche Steuerplanungsmodelle sowie Steuervermeidung zu bekämpfen. Hierbei sollen [Transparenzvorschriften für Intermediäre](#) wie u. a. für SteuerberaterInnen eingeführt werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Bericht über die Gleichstellung von Männern und Frauen zum Weltfrauentag

Die Kommission veröffentlichte anlässlich des Weltfrauentags am 8. März 2018 einen Bericht über die Gleichstellung von Männern und Frauen sowie einen Bericht über Frauen in der Technik.

Trotz eines [Vorschlags](#) bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben für Erwerbstätige mit Familie sowie eines [Aktionsplans](#) zur Reduzierung von Lohnunterschieden, gebe es in der EU noch viel zu tun, so die Kommission.

In vielen Bereichen des Alltags gebe es immer noch keine Fortschritte zu verzeichnen. So würden hauptsächlich Frauen die Betreuungspflichten in der Familie übernehmen und das durchschnittliche [Lohngefälle](#) in der EU von 16 % stelle eine weitere Herausforderung dar. Mit Nachdruck

wird vermerkt, dass die Finanzierungs- und Sensibilisierungs-[Maßnahmen](#) in den Mitgliedstaaten, um der Gewalt gegen Frauen ein Ende zu setzen, noch nicht weitreichend genug waren.

Darüber hinaus müssten im Zuge der Digitalisierung Frauen vermehrt für den Technologiesektor angesprochen werden. Hier sieht die Kommission viel unausgeschöpftes Potential.

[Mehr Informationen](#)

Finanz-Aktionsplan zur Unterstützung einer umweltfreundlicheren Wirtschaft

Die Kommission präsentierte am 8. März ihre [Strategie](#) für ein Finanzsystem zur Unterstützung der [EU-Agenda für den Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung](#).

Der [Bericht](#) der hochrangigen Sachverständigengruppe von Ende Jänner, welcher die Herausforderungen und Chancen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Finanzpolitik bewertet, ist die Basis für die Kommissionsvorschläge im Rahmen der [nachhaltigen Finanzierung](#).

Diese sehen u. a. eine größere Transparenz der Unternehmensbilanzen vor, indem man die Regelungen zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen verstärkt an den Empfehlungen der Task Force Klimabezogene Finanzinformationen ([TCFD](#)) orientiert. Weiters soll Nachhaltigkeit bei den

Investitionsabläufen berücksichtigt und ein diesbezügliches EU-Klassifikationssystem festgelegt werden, welches jene Bereiche hervorheben soll, in welchen nachhaltige Investitionen die größtmögliche Wirkung entfalten können.

Der Aktionsplan ist Teil der Maßnahmen der EU zum Erreichen der Zielvorgaben des [Pariser Übereinkommens](#) und den [nachhaltigen Entwicklungszielen](#) der Vereinten Nationen.

[Mehr Informationen](#)



EU-Kommission überarbeitet Chemikalienverordnung REACH

Um die Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung zu erleichtern, präsentierte die Kommission am 8. März ihre Vorschläge für eine Überarbeitung der sogenannten [REACH-Verordnung](#).

Die im Jahr 2006 verabschiedete Verordnung sieht eine Vorabregistrierung chemischer Stoffe vor, die Unternehmen in Umlauf bringen wollen. Ziel hierbei ist es, schädliche Chemikalien zu beschränken.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen u. a. das Zulassungsverfahren vereinfachen und somit die Qualität der von den Unternehmen eingereichten Registrierungs dossiers verbessern. Zukünftig sollen die Vorschläge sowohl für Unternehmen aus der EU als auch

für Nicht-EU-Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten.

Die Ergebnisse der REACH-Überprüfung sollen auf einer für Juni 2018 angesetzten Konferenz mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und Interessensgruppen diskutiert werden.

[Mehr Informationen](#)

Kommission will Ausnahme für EU-Länder bei US-Schutzzöllen erreichen

Nach der Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, Schutzzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte zu verhängen, ist die EU fest entschlossen angemessen zu reagieren.

„Wir brauchen den Dialog und Klarheit über die Lage und die Möglichkeit einer Ausnahme“ und „Wir werden uns mit anderen Partnern wie etwa Japan, die in der gleichen Situation sind, absprechen“, so Kommissionsvizepräsident Jyrki Katainen am 9. März.

Nach einer Ankündigung von Präsident Trump am 1. März, Zölle in Höhe von 25 % auf importierten Stahl und in Höhe von 10 % auf Aluminium zu erheben, unterzeichnete

Trump am 8. März ein Dekret zur Umsetzung der Einfuhrbeschränkungen.

Da in der US-Verordnung Ausnahmen vorgesehen sind, werde die EU diesen Passus prüfen. Handelskommissarin Cecilia Malmström traf diesbezüglich den US-Handelsbeauftragten Robert Lighthizer am 10. März zu einer [Aussprache](#).

[Mehr Informationen](#)



Beschleunigter Abbau von Hindernissen für grenzüberschreitende Investitionen

Die Kommission hat am 12. März [Vorschläge](#) unterbreitet, mit denen alternative Finanzierungsquellen gefördert und grenzüberschreitende Investitionshindernisse abgebaut werden sollen.

Ziel ist die Verwirklichung einer [Kapitalmarktunion](#), die im Jahr 2015 auf den Weg gebracht wurde. Die Vorschläge seien diesbezüglich ein wichtiger Meilenstein, so die Kommission.

Die Vorschläge beinhalten u. a. Neuregelungen zu gedeckten Schuldverschreibungen, um sie als stabile und kostengünstige Finanzierungsquelle für Kreditinstitute effizienter ausbauen zu können, und zum grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds. Hier sollen die

Hindernisse ausgeräumt werden, um den grenzüberschreitenden Vertrieb einfacher, schneller und kostengünstiger zu gestalten.

Darüber hinaus soll eine verbesserte Rechtssicherheit grenzüberschreitende Investitionen und Marktintegration fördern sowie den Zugang zu günstigeren Krediten gewährleisten.

[Mehr Informationen](#)

Bericht über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte 2017

Die Kommission präsentierte am 12. März ihren [Bericht](#) über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte 2017.

Im Jahr 2017 wurden 2201 Warnmeldungen über das [Schnellwarnsystem](#) von Mitgliedsländern übermittelt, die rund 4000 Folgemaßnahmen, wie z. B. Distributionsverbote zur Folge hatten. Demnach betrafen 29 % der Warnmeldungen Spielzeuge, 20 % Kraftfahrzeuge sowie 12 % Textil- und Modeartikel. Insbesondere Verletzungsrisiken und chemische Risiken waren die zwei Hauptmotivationen für Meldungen.

Seit 2003 werden über das Warnsystem Informationen über [gefährliche Non-food-](#)

[Erzeugnisse](#) von 31 teilnehmenden Ländern ausgetauscht. Dadurch können gezielt EU-weite Folgemaßnahmen auf Grund nationaler Warnmeldungen gesetzt werden. Am Schnellwarnsystem nehmen alle EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen teil.

Aktuelle Warnmeldungen nationaler Behörden können auf der eigens dafür eingerichteten [Website](#) abgerufen werden.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Lohngefälle zwischen Frauen und Männern bei 16 %

Eurostat veröffentlichte am 7. März in Hinblick auf den Weltfrauentag seine Zahlen zum geschlechterspezifischen Lohngefälle zwischen Frauen und Männern.

EU-weit verdienen Frauen für die gleiche Arbeit im Durchschnitt um rund 16 % weniger als Männer. In der europäischen Union zeigten sich jedoch große nationale Unterschiede. Die Spannweite des Lohngefälles reichte im Jahr 2016 von 5 % bis 22 %.

Während in Rumänien (5,2 %), Italien (5,3 %) und Luxemburg (5,5 %) die Lohnschere am geringsten ausfiel, verdienen Frauen in

Estland um 25,3 % weniger als Männer – gefolgt von der Tschechischen Republik mit 21,8 % und Deutschland mit 21,5 %.

In Österreich verdienen Frauen für die gleiche Arbeit im Jahr 2016 rund 20 % weniger als Männer. Dies entspricht einem Rückgang des Lohngefälles von minus 3,4 Prozentpunkten seit 2011.

[Mehr Informationen](#)

Luxemburg unterstützt Österreichs Klage gegen PAKS II

Carole Dieschbourg, luxemburgische Ministerin für Umwelt, hat im Rahmen des Rates für Umwelt angekündigt, dass Luxemburg Österreichs Klage gegen eine öffentliche Subventionierung des Ausbaus des ungarischen Atomkraftwerks PAKS II unterstützen werde.

Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, Elisabeth Köstinger, und Carole Dieschbourg vereinbarten am 5. März, zusammen eine europaweite Allianz gegen die Förderung der Atomenergie aufzubauen.

Am 6. März 2017 hatte die [Kommission](#) verkündet, die finanzielle Unterstützung Ungarns für Paks II nach den EU-Beihilfavorschriften zu genehmigen (siehe [Beihilfenregister](#)). Auf Grund dessen hatte Österreich am [22. Februar](#) vor dem

Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die Entscheidung der Kommission Nichtigkeitsklage eingereicht.

Der EuGH wird im Laufe der nächsten Monate die Klagen prüfen und seine Entscheidung im [Amtsblatt](#) der Europäischen Union veröffentlichen.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Evaluation of the EU framework for taxation of energy products and electricity](#)

Steuern, Umwelt

12 März 2018 - 04 Juni 2018

[Die Maßnahme für das Europäische Kulturerbe-Siegel](#)

Kultur und Medien

02 März 2018 - 24 Mai 2018

[Public consultation on ecodesign requirements for standby, networked standby and off mode electric power consumption](#)

Energieeffizienz

02 März 2018 - 24 Mai 2018

[Exploratory Public Consultation on the establishment in the EU of Decisions relating to binding information in the field of customs valuation](#)

Berechnung von Zöllen, Zollverfahren, Int. Zusammenarbeit im Zollwesen

01 März 2018 - 01 Juni 2018

[Exchange of data to combat VAT fraud in the e-commerce](#)

Steuern

27 Februar 2018 - 25 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung](#)

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

20 Februar 2018 - 31 Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zur Europäischen Woche des Sports](#)

Gesellschaftliche Rolle des Sports, Öffentliche Gesundheit

19 Februar 2018 - 18 Mai 2018

[Öffentliche Konsultation zum Ökodesign und zur Energieverbrauchskennzeichnung von Kühlgeräten, Geschirrspülern, Waschmaschinen, etc.](#)

Energieeffizienz

13 Februar 2018 - 07 Mai 2018



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

<u>Umwelt & Energie</u>			
Erneuerbare Energien, Gebäude, Krankenhäuser	Horizon prize - low carbon energy inducement prizes 2016 - low carbon hospital	03.04.2019	€ 1.000.000
Klimawandel, CO2- Emissionen, Technologien	Horizon prize for CO2 reuse	03.04.2019	€ 1.500.000
Erneuerbare Energien, CO2- Emissionen, Forschung und Innovation	Horizon prize - low carbon energy inducement prizes 2016 - photovoltaics meets history	26.09.2018	€ 750.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Elias Pirker

Abbildungsverzeichnis

[Ausschuss der Regionen](#)